



Bayerisches Staatsministerium der Finanzen - Postfach 22 00 03 - 80535 München

Zentralverband der Ingenieure im öffentlichen Dienst
in Bayern e.V.
Herrn Stv. Vorsitzenden
Dipl.-Ing. (FH) Christian Drexl
Werner-Egk-Bogen 60
80939 München

Name
Frau Hansen

Telefon
089 2306-2378

Telefax
089 2306-2802

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
22 - P 1330 - 005 - 29 062/06

Datum
2. Januar 2007

**Ergänzende Fragen zur schriftlichen Anfrage betreffend „Benachteiligung von
Diplom-Ingenieuren (FH) im öffentlichen Dienst in Bayern“
hier: Ihr E-Mail vom 23. Juli 2006**

Sehr geehrter Herr Drexl,

vielen Dank für Ihre Nachricht vom 23. Juli 2006. Zur Beantwortung Ihrer Fragen
musste eine Reihe von Referaten eingeschaltet werden. Die Beantwortung hat sich
dadurch verzögert. Ich bitte insoweit um Nachsicht. Zu den einzelnen Fragen nehme
ich wie folgt Stellung:

1.

- a) Ab welchem Zeitpunkt ((Beginn) – Jahre nach Abschluss der schuli-
schen Ausbildung) wurde das kapitalisierte Lebenseinkommen der Be-
amten gD, gtD VI und gtD jeweils berechnet?
- b) Zu welchem Zeitpunkt (Ende) wurden die Kapitalwerte bei den Beam-
ten gD, gtD VI und gtD jeweils berechnet und welcher Zinssatz wurde
zugrunde gelegt?
- c) Wie lässt es sich erklären, dass Beamte gtD VI, die im Regelfall 3 Jahre
vor den Beamten gtD Einkommen erzielen, dennoch ein niedrigeres ka-
pitalisiertes Lebenseinkommen zu erwarten haben?

- d) Warum erfolgt beim gD die Pensionierung zu einem früheren Zeitpunkt als beim gtD und wie viele Jahre macht dies aus? Kann es sein, dass das kapitalisierte Lebenseinkommen der Beamten gD auch wegen der früher erfolgenden Pensionierung niedriger ist?
- e) Wie viele Beamte gtD (in %) gehen in den Ämtern A 12, A 13 oder A13 + AZ in Ruhestand?
- f) Wie hoch ist das jeweilige kapitalisierte Lebenseinkommen von Beamten gD, gtD VI und gtD, wenn man das während des Studiums bzw. des Vorbereitungsdienstes erzielte Einkommen in die Berechnungen einbezieht und davon ausgeht, dass die Pensionierung zum gleichen Zeitpunkt erfolgt?

Antwort:

Die Berechnungen des Lebenseinkommens des gehobenen nichttechnischen Diensts, der Verwaltungsinformatiker und des gehobenen technischen Diensts wurde anhand von Durchschnittswerten, die der Praxis entsprechen, aus dem vorliegenden Zahlenmaterial im Finanzministerium berechnet.

Das durchschnittliche Eintrittsalter zur Anstellung beträgt demnach im gehobenen nichttechnischen Dienst 23,5 Jahre, in der Verwaltungsinformatik 26 Jahre und im gehobenen technischen Dienst 27 Jahre. Im Lebenseinkommen wurde berücksichtigt, dass beim gehobenen technischen Dienst ein um ca. 1,5 Jahre höheres Ruhestandsalter zu verzeichnen ist. Die Entscheidung, ob ein Beamter vor dem Ruhestandsalter von 65 Jahren aus dem aktiven Dienst ausscheidet, trifft der Beamte vielfach selbst.

Die Berechnung selbst erfolgte monatsgenau anhand der aktuell gültigen Besoldungstabellen. Ein Zinssatz wurde nicht angewandt. Ebenso wenig wurden künftige Besoldungserhöhungen in Ansatz gebracht. Die Antwort des Finanzministeriums auf die Schriftliche Anfrage spricht daher ausdrücklich von „kumulierten“ Werten und nicht von „kapitalisierten“. Der in der Schriftlichen Anfrage verwendete Begriff wurde entsprechend ausgelegt, da es sich bei dem Begriff „kapitalisiertes Lebens-

einkommen“ um keinen geläufigen Fachbegriff handelt und die Darstellung der kumulierten Werte bereits einen Vergleich der Lebenseinkommen zulässt. Die Höhe des Lebenseinkommens ist unter anderem auch von der Beförderungssituation (vgl. Antwort vom 17.07.2006 zur Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Christa Naaß) und der altersabhängigen Struktur der Besoldungstabelle beeinflusst.

Theoretische Berechnungen haben ergeben, dass bei frühestmöglichem Eintritt in den Vorbereitungsdienst bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze das Lebenseinkommen (Heirat, 1 Kind) im

- gehobenen nichttechnischen Dienst rund 1,82 Mio. Euro,
- gehobenen technischen Dienst des Dipl. Verwaltungsinformatikers rund 1,89 Mio. Euro,
- im gehobenen technischen Dienst rund 1,8 Mio. Euro (mit Erreichen des Spitzenamts A13+Z rund 1,83 Mio. Euro)

betragen kann.

2. Wie gedenkt die Staatsregierung zu berücksichtigen, dass Diplom-Ingenieure (FH) wegen ihres deutlich höheren Alters beim Eintritt in eine private Krankenkasse (Alter: 26 Jahre) im Laufe ihres Lebens höhere Krankenkassenbeiträge entrichten müssen als Beamte gD und gtD VI, deren Eintritt im Regelfall bereits mit 20 Jahren erfolgt? (Bei der Bewertung der Auswirkungen des unterschiedlichen Eintrittsalters bitten wir auch zu berücksichtigen, dass Kostenanpassungen der Krankenkassen immer prozentual erfolgen und die Beamten gtD damit weitaus stärker treffen als Beamte gD und gtD VI).

Antwort:

Die Prämienbemessung in der privaten Krankenversicherung erfolgt auf Grundlage des individuellen Gesundheitsrisikos geschlechts- und altersabhängig sowie entsprechend des aktuellen Gesundheitszustandes. Diese Grundvorhaben werden von den rund 50 privaten Krankenversicherungsunternehmen neben weiteren unternehmensspezifischen Vorgaben bei der Kalkulation der Prämien berücksichtigt.

Ein eventuell höherer Beitrag für Beamte des gtD wegen eines höheren Eintrittsalters ist vom Dienstherrn nicht beeinflussbar. Wie aus der Antwort zur Frage 3 der schriftlichen Anfrage vom 23.05.2006 hervorgeht, stellt die Differenz der Krankenversicherungsbeiträge bei einem Eintrittsalter von 20 Jahren und denen bei einem Eintrittsalter von 25 Jahren keine unzumutbare Belastung dar. Im Alter gleichen sich die Beiträge nahezu an.

Die Alimentations- und Fürsorgepflicht erfüllt der Dienstherr in erster Linie durch die Gewährung von Dienst- und Versorgungsbezügen, die den gesamten Lebensbedarf des Beamten bzw. Versorgungsempfängers und seiner Familie abdecken sollen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist in diesen Bezügen bereits ein Durchschnittssatz für Aufwendungen in Krankheitsfällen berücksichtigt. Um den Beihilfeberechtigten vor einer übermäßigen Belastung zu bewahren, gewährt der Dienstherr im Krankheitsfall eine zusätzliche Fürsorgeleistung, nämlich die Beihilfe. Ein weiterer Ausgleich für alters- und geschlechtsabhängig (Frauen) unterschiedlich hohe Krankenversicherungsbeiträge ist nicht vorgesehen.

3. Anmerkung: Beamte gtD schaffen es künftig nicht mehr, die erforderlichen 40 Dienstjahre zur Erreichung der Höchstpension zu absolvieren, weil mit der Einführung von Fachhochschulen die Ingenieurausbildung deutlich verlängert wurde (Verlängerung der schulischen Ausbildung durch Anhebung der Zugangsvoraussetzungen sowie Verlängerung der Studienzeiten). Außerdem wurde ein Vorbereitungsdienst eingeführt, der bis 1993/94 2 Jahre (davon 1 Jahr Angestelltenzeit) dauerte und seitdem 1 Jahr umfasst. Damit dauert die Ausbildung eines Diplom-Ingenieurs (FH) 6-7 Jahre. Viele Diplom-Ingenieure (FH) haben zudem vor Beginn ihres Studiums eine Lehre absolviert.

a) Wie werden Schul-, Lehr-, Studien- und Anwärterzeiten von Beamten gtD bei der Berechnung der Pension berücksichtigt? Sind hier Änderungen geplant?

- b) Wie gedenkt die Staatsregierung die o.g. besondere Situation der Diplom-Ingenieure (FH) zu berücksichtigen?
- c) Kann es sein, dass Beamte gD deshalb früher in Pension gehen, weil sie die erforderlichen berücksichtigungsfähigen Zeiten für die Höchstpension mit einem jüngeren Lebensalter erreichen? Sind der Staatsregierung andere Gründe hierfür bekannt? Falls ja, welche?

Antwort:

Zu a) :

Zeiten der allgemeinen Schulausbildung sowie einer Lehre werden nicht als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt. Studienzeiten einschließlich Prüfungszeiten werden im Umfang von höchstens drei Jahren, vorgeschriebene Praktikumszeiten in vorgeschriebenem Umfang und Anwärterzeiten sowohl im Angestellten- als auch im Beamtenverhältnis in vollem Umfang als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt. Änderungen sind nicht geplant.

Zu b) :

Die Ruhegehaltfähigkeit von Dienst- und Vordienstzeiten ist für alle Laufbahnen gleich geregelt. Eine besondere Situation bei der Berücksichtigung von Studienzeiten der Diplom-Ingenieure als ruhegehaltfähige Dienstzeit ist nicht ersichtlich. So müssen für das Lehramt an Volksschulen ähnlich lange Ausbildungszeiten zurückgelegt werden, in der Laufbahn des höheren Dienstes sogar vielfach längere Hochschulstudienzeiten (z.B. Medizin).

Zu c) :

Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Beamten im Vermessungsdienst, deren Versorgung sich mit dem Höchstruhegehaltssatz errechnet, durchschnittlich signifikant später in den Ruhestand treten als Verwaltungsbeamte mit einer Versorgung mit

Höchstruhegehaltssatz. Ein Rückschluss darauf, wann der Höchstruhegehaltssatz erreicht wurde, kann aus dem Eintrittsalter in den Ruhestand nicht gezogen werden.

4. Wie viele aktive Beamte gtD gibt es derzeit im Staatsdienst in Bayern? Ist es sachgerecht, dass es derzeit in Bayern nur 109 staatliche Beamte im höheren technischen Dienst gibt, die aus dem gtD aufgestiegen sind?

Antwort:

Im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen gibt es derzeit ca. 652 aktive Beamte im gehobenen technischen Dienst. Hinsichtlich der Beschäftigungslage im Geschäftsbereich anderer Ressorts kann das Staatsministerium der Finanzen keine Auskunft erteilen. Bitte wenden Sie sich in dieser Angelegenheit an das jeweilige Ressort.

5.

- a) Hält es die Staatsregierung für sachgerecht, dass das in vorliegender Antwort der Staatsregierung dargestellte kapitalisierte Lebenseinkommen der Beamten gtD trotz deutlich längerer Ausbildung (Beamter gtD: 6 bzw. 7 Jahre; Beamte gD und gtD VI: 3 Jahre) – nur geringfügig über dem kapitalisierten Lebenseinkommen der Beamten gD und gtD VI liegt?
- b) Muss man nicht zwangsläufig davon ausgehen, dass mit der deutlich längeren Ausbildung der Beamten gtD auch eine höhere Qualifikation verbunden ist, die zu einer besseren Eignung, höheren fachlichen Leistung und umfassenderen Befähigung führt und damit einen Anspruch auf ein deutlich höheres kapitalisiertes Lebenseinkommen als das der Beamten des gD und gtD VI rechtfertigen würde?

Antwort:

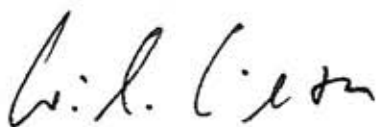
Die im gehobenen technischen Dienst längere Ausbildung wird gegenüber dem gehobenen nichttechnischen Dienst jedenfalls durch die höhere Einstufung in der Eingangsbesoldung (gehobener technischer Dienst A10; gehobener nichttechnischer Dienst A9) berücksichtigt. Unterschiede in den Beförderungswartezeiten wegen besserer Stellenausstattungen sind möglich. Für das erzielbare Lebenseinkommen im öffentlichen Dienst ist neben anderen Faktoren (z. B. Eingangsamts, Beförderungszeiten) auch die gesamte Verweildauer im aktiven Dienst von Bedeutung.

6. Nachdem die Zuständigkeit für das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht nunmehr beim Freistaat Bayern liegen wird, bitten wir die Staatsregierung höflich, diese Frage (Frage 7 der Schriftlichen Anfrage vom 23.05.06) doch noch zu beantworten.

Antwort:

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat im Rahmen einer Pressemitteilung erklärt, dass die nach den erweiterten Kompetenzen durch die Föderalismusreform anstehenden umfassenden Änderungen im Dienstrecht nur unter Einbeziehung von Sachverständigen und Interessenvertretern im Rahmen von Symposien und Fachhearings erfolgen wird. Über die Entwicklung im Einzelnen kann daher zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Prognose abgegeben werden. Die Einbindung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihrer Vertretungen muss zunächst abgewartet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Wilhelm Hüllmantel

Ministerialdirigent